Das große Missverständnis

Eine Meldung und ihre Geschichte: Im Kreis Hildesheim wurde eine Roma-Familie überfallen. Waren es wirklich Neonazis?

Von Thorsten Fuchs

„Sie hielten mir eine Pistole an den Kopf": Igor U. und seine Frau (sie wollen nicht erkannt werden) flüchten mit ihren Kindern zu Bekannten – wo sie zu elft auf 65 Quadratmetern leben. von Ditfurth

Kreis Hildesheim. Nur bitte nicht zurück. Es gibt nicht viel im Leben von Igor U., was sicher ist. Aber zumindest dies steht für ihn fest. „Wir gehen dahin nicht wieder zurück." Wobei er nicht Serbien meint, das Land, aus dem er geflohen ist. Sondern Söhre. Söhre, Landkreis Hildesheim.

Igor U. ist 32 Jahre alt, ein kleiner, untersetzter Mann in einem weißen Pullover mit schwarzem Muster. Das Auffälligste an ihm sind die Augen. Große, dunkle Augen, die noch größer werden, wenn er aufspringt und die Dinge schildert, die ihm und seiner Familie widerfahren sind. In seinem Blick liegt ein Ausdruck permanenten Erschreckens. Als sei die Angst das alles beherrschende Grundgefühl in seinem Leben.

Die Geschichte von Igor U., seiner ein Jahr älteren Frau Hermina und ihrer fünf Kinder ist keine einfache Geschichte. In dieser Woche tauchte die Familie schon einmal in den Zeitungen auf. Nur war sie nirgends mit Namen erwähnt. „Mysteriöser Überfall auf Roma-Familie", so stand es am Mittwoch in der HAZ, und: „Flüchtlingsrat vermutet Neonazis hinter Attacke". Es war ein Bericht über einen schlimmen, aber berechtigt erscheinenden Verdacht. Was man drei Tage später, nach einem Treffen mit der Familie und Gesprächen mit sehr vielen Menschen sagen kann, ist, dass eine Geschichte über die Familie U. wohl von einem großen Missverständnis handelt, zum anderen aber auch von sehr viel Ratlosigkeit. Es gibt ein versöhnliches Ende, ein vorläufiges jedenfalls. Eine gute, dauerhafte Lösung gibt es nicht. Man weiß nicht mal, wie sie aussehen könnte.

Die Geschichte der U.'s, wie sie selbst sie erzählen, beginnt am 27. August vergangenen Jahres. Da steigen sie am Bahnhof in Dortmund aus dem Bus aus Belgrad aus. Warum Dortmund? „Wir hatten gehört, dass man sich da melden muss." Hermina U. ist hochschwanger. Drei Tage nach der Ankunft bringt sie ihr fünftes Kind zur Welt.

In Dortmund stellen sie einen Asylantrag. Zuhause, sagt U., hätten ihre serbischen Nachbarn sie drangsaliert. Deren Kinder hätten seinen ältesten Sohn beschimpft. „Zigeuner, Zigeuner, haben sie gerufen und ihn dann verprügelt." Als er sich bei den Eltern beschwerte, hätten sie ihn geprügelt, bis er blutete. Igor U. ging zur Polizei. „Aber die hat das gar nicht interessiert." Roma werden in Serbien diskriminiert, berichten Menschenrechtsgruppen. Dennoch gelten ihre Asylanträge für die deutschen Behörden als offensichtlich unbegründet.

Was sich die U.'s in Deutschland erhofften? In Serbien lebten sie in einem abbruchreifen Wohnblock ohne Heizung. Igor U. verdiente dort als Altmetallsammler kleine Summen. Die Kinder der U.'s sind auffallend schmächtig. „Wir wollten ein bisschen länger in Deutschland bleiben", sagt Igor U. Was heißt länger? Er schweigt.

Nordrhein-Westfalen schickt die Familie weiter nach Niedersachsen. Der Landkreis Hildesheim bringt sie im Dorf Söhre unter. Das frühere Gasthaus dient als Flüchtlings- und Obdachlosenunterkunft. Die U.s sind die einzigen Bewohner. Sie haben Platz. Und sie sind allein.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar bemerkt Igor U., wie jemand mit Taschenlampen in ihre Wohnung leuchtet. In der nächsten Nacht hört er Hilferufe, jemand klopft. „Als ich öffne, hält mir ein Mann eine Pistole an die Stirn, ein anderer schlägt mich." Igor U. nimmt das Geld, das er zum Monatsbeginn vom Amt erhalten hatte, 1300 Euro, und wirft es ihnen zu. „Nach zwei, drei Minuten war es vorbei." So schildert Igor U., was in jener Nacht geschah. Als die Männer fort sind, läuft er zum nächsten Haus. „Polizei", ruft er dem Nachbarn panisch zu.

Gleich am frühen Morgen flüchtet die Familie mit einem der ersten Busse aus dem Ort. Zu groß ist ihre Angst, erneut überfallen zu werden. Sie will eine neue Unterkunft. Aber es ist Sonnabend, die Behörden haben zu. Am Abend schließlich erinnert sich Igor U. an Sevki T., einen mazedonischen Roma, der mit seiner Familie in einem anderen Dorf im Kreis wohnt. Er nimmt die Familie auf. Zu elft leben sie auf 65 Quadratmetern.

Am Mittwoch, dem 8. Januar, erscheinen Sevki T., ein arbeitsloser Maurer, der seit drei Jahren in Deutschland lebt, und Igor U. gemeinsam im Büro von Sigmar Walbrecht vom niedersächsischen Flüchtlingsrat. Beide sind aufgeregt. Es wird, räumt Walbrecht später ein, ein schwieriges Gespräch. Igor U. kann kein Deutsch, T. nur wenig. Aber die Stichworte, die Walbrecht wahrnimmt, bringen ihn auf eine Spur. „Glatze", „schwarze Kleidung", „Stiefel", „Nazi", so hört er es von Sevki T. Ein Verdacht keimt in ihm auf. Als die Behörden einige Tage später noch keine neue Wohnung für die U.'s haben, veröffentlicht Walbrecht eine Pressemitteilung. „Nach der Beschreibung der Täter und dem Eindruck der Familie ist davon auszugehen, dass es sich um Neonazis handelt", schreibt er am Dienstag.

Nun geht alles sehr schnell. Die Polizei will U. erneut vernehmen – diesmal mit Dolmetscher. Sie findet die Familie zunächst nicht. Igor U. hatte nicht mitgeteilt, dass sie bei Sevki T. sind. Gegenüber der Polizei beschreibt U. die Täter wie auch am Tag danach im Gespräch mit der HAZ: „Einer hatte eine Glatze, einer zurückgekämmte Haare. Schwarze Jacken, schwarze Halbschuhe, Nike-Turnschuhe." Keine Stiefel? „Keine Stiefel." Wer die Männer gewesen sein könnten? „Nazis", sagt Igor U.. „Oder Mafia." „Nazis", sagt Sevki T. Für die beiden, das wird im Gespräch klar, ist „Nazi" ein anderer Begriff für „Verbrecher", ein griffiges Synonym für „sehr schlechter Mensch". Was ja auch nicht falsch ist. Für andere ist es auch ein Reizwort, das die Aufmerksamkeit auf einen schwierigen Fall lenkt.

Dass es wirklich Neonazis waren: nicht ausgeschlossen. Aber sehr unwahrscheinlich. Was bleibt, ist wohl ein Missverständnis. Und eine trostlose Situation für eine siebenköpfige Familie. Seit zwölf Tagen leben die U.'s bei Sevki T. Es ist eng. Es gibt Streit. Manchmal schreit Sevki T. Igor U. an. Es geht darum, wie lange die U.'s noch bleiben können. „Ich helfe gern", sagt Sevki T. „Aber ich muss auch an meine Familie denken." Eine seiner Töchter muss für Prüfungen lernen. Igor U. sitzt betreten auf dem Sofa, mit dem Blick eines geprügelten Hundes.

Erst Tag 13 bringt eine Wende. Gestern, am Freitag, hat der Kreis eine andere Wohnung für sie. Es muss nur noch Brennholz hingeschafft werden. Zugleich jedoch wird klar, dass sie auch dort nicht lange bleiben können. Die U.'s, so ergeben Recherchen gestern, waren schon einmal in Deutschland. Neun Monate lang, bis zum Juli 2013. Ihr Asylantrag war abgelehnt worden, sie mussten zurück. Der Folgeantrag, den sie Ende August gestellt haben, ist auch bereits gescheitert. Der Winter noch, dann werden sie wieder nach Serbien müssen.

Wie es weitergehen soll? Igor U. zuckt mit den Schultern. Es sieht nicht so aus, als habe er eine Idee, wie eine Zukunft für ihn und seine Familie aussehen und wo sie liegen könnte.

Flüchtlingsrat wehrt sich gegen Kritik

Kreis Hildesheim/Söhre (cwo). Mit Unverständnis hat der Vorstand des Niedersächsischen Flüchtlingsrats auf die öffentlich geäußerte Kritik des Leiters der Hildesheimer Staatsanwaltschaft, Thomas Pfleiderer, reagiert. Wie gestern berichtet, hatte dieser den Flüchtlingsrat wegen einer Pressemeldung attackiert, in der ein Überfall auf eine aus Serbien stammende Roma-Familie in Söhre als mutmaßlich rechtsextreme Tat bezeichnet wurde. Er sei ungehalten über die voreiligen Schlüsse, für die es keine Grundlage gebe, hatte Pfleiderer mitgeteilt.

„Die Staatsanwaltschaft soll ihre Arbeit machen und den Überfall aufklären, statt mit fragwürdigen Vorwürfen die Unterstützer anzugreifen", wurde dazu nun ein Vorstandsmitglied der Organisation, Rechtsanwalt Dündar Kelloglu, in einer Mitteilung des Flüchtlingsrats zitiert. Angesichts des „Versagens der Verfolgungsbehörden bei der Aufklärung rechtsextremer Gewalttaten in den vergangenen Jahren" sei doch wohl etwas mehr Zurückhaltung angebracht, heißt es weiter. Als Beispiel führt der Verein die NSU-Morde an.

Es scheine, heißt es weiter, als ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft erst intensiver, seit der Vorfall durch den Flüchtlingsrat veröffentlicht wurde. Unverständlich sei, warum die Behörden am 14. Januar, also erst zehn Tage nach dem Überfall, den Aufenthaltsort der Familie ausfindig gemacht haben, obwohl man ihn dem Landkreis bereits sechs Tage zuvor mitgeteilt habe.

„Wenn der Flüchtlingsrat die Behörden, denen er vorwirft, nicht zu ermitteln, informiert hätte, dann hätte es keine Verzögerung gegeben", entgegnete darauf Christina Pannek, Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Als die Polizei eingeschaltet wurde, habe der Verdacht eines rechtsextremen Hintergrunds nicht im Raum gestanden – daran habe sich übrigens auch nach den umfangreichen Ermittlungen nichts geändert.

Die Staatsanwaltschaft Hildesheim müsse sich überdies nicht vorwerfen lassen, in irgendeinem Fall nur in eine Richtung ermittelt und rechtsextreme Hintergründe unberücksichtigt gelassen zu haben, sagte Pannek weiter. Das gelte auch für den Fall in Söhre. Die Pressemeldung mit dem Statement des Leitenden Oberstaatsanwalts sei herausgegeben worden, um bereits wuchernden Spekulationen den Boden zu entziehen.